

**Vorlage für die Sitzung der
STAATLICHEN/STÄDTISCHEN Deputation für Inneres und Sport
am 13.11.2014**

Vorlage Nr.: 18/236

zu TOP 09 staatlich / zu TOP 03 städtisch

Haushaltssteuerung 2014

hier: Umsetzung des Lösungskonzepts des Senats vom 30.09.2014

Sachdarstellung

Der Senat hat am 30.09.2014 auf Basis der Controllingberichte für das 1. Halbjahr 2014 Maßnahmen zur Lösung der Haushaltsrisiken erörtert. Ausgangslage war, dass ein konsumtives Risiko im Umfang von rd. 66,3 Mio € auf ebene aller Produktpläne besteht. Hierzu hat der Senat folgende Lösungen beschlossen:

- **Gesetzliche Leistungen / beschlossene Finanzierungen** **38,8 Mio. €**
Deckung aus dem Risikofonds sowie aus Zinsminderausgaben
- **Unabweisbare Bedarfe** **11,0 Mio. €**
Deckung im Rahmen einer solidarischen Lösung (Ressortumlage) im Wesentlichen aus der Planungsreserve gem. § 7 der Haushaltsgesetze.
Den unabweisbaren Bedarfen wurden Mindereinnahmen im Rettungsdienst (Produktgruppe 07.0202) in Höhe von 980 Tsd. € zugeordnet.
- **Sonstige Risiken / nicht strukturelle Einnahmerisiken** **16,5 Mio. €**
Diese Bedarfe sind im Rahmen dezentraler Ressourcenverantwortung innerhalb des entsprechenden Produktplan- bzw. Senatorenbudgets zu lösen.

Den sonstigen Risiken sind Mindereinnahmen bei der Polizei sowie im Stadtamt im Umfang von 884 Tsd. € sowie konsumtive Mehrausgaben im Umfang von 2.756 Tsd. €, ebenfalls bei der Polizei und im Stadtamt, zugeordnet.

Aufgrund der erheblichen Risiken bleibt der Produktplan 07 „Inneres“ von der Inanspruchnahme der Planungsreserve für die solidarische Lösung ausgenommen. Die Risiken belaufen sich auf insgesamt 5.125 Tsd. €. Dabei ist bereits berücksichtigt, dass die Mindereinnahmen im Rettungsdienst in Höhe von 980 Tsd. € im Rahmen der Ressortumlage aufgelöst werden und im Personalhaushalt der Polizei die Sperre in Höhe von 2.055 Tsd. € aufgehoben wird. Für die Aufhebung der Sperre sind durch Vorlage des Zielzahlkonzeptes beim Haushalts- und Finanzausschuss die Bedingungen erfüllt.

Es zeichnet sich jedoch im weiteren Haushaltsvollzug ab, dass sich das Einnahmerisiko im Rettungsdienst weiter erhöht, so dass von einem höheren Defizit auszugehen

ist. Das Ressort wird das Risiko aufgrund fehlender Steuerungsmöglichkeiten aus eigener Kraft nicht minimieren können und strebt daher eine erneute Senatsbefassung an.

Aus dem Produktplan 12 „Sport“ sind im Rahmen der Ressortumlage 278 Tsd. € für die solidarische Lösung zu erbringen. Dieses soll wie folgt geschehen:

Produktgr.	Haushaltsstelle	Zweckbestimmung	Anschlag	akt. Soll	akt. Ist	Einsparbetrag
12.01.01	3191.684 00-0	Zuschüsse Sportförderung	494.170	954.187	376.385	110.316
12.01.01	3191.892 20-7	Zuschüsse zur Infrastruktur Sporthäfen	120.000	120.000	7.442	111.235
12.01.01	3191.739 12-3	Sanierung v. städtischen Sportflächen	1.050.000	744.550	308.743	19.000
12.01.01	3191.893 13-0	Zuschüsse f. d. Sanierung städt. Sportanlagen	521.540	529.538	237.739	37.449
Summe:						278.000

Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass der Produktplan 12 Mindereinnahmen in Höhe von 125 Tsd. € prognostiziert. Die Erbringung des Anteils an der Ressortumlage wird dazu führen, dass es nur noch bedingt möglich sein wird, die Mindereinnahme durch Minderausgaben auszugleichen.

Die beschriebenen erheblichen Haushaltsrisiken im Produktplan 07 „Inneres“ sowie der zu erwartende Nichtausgleich der Mindereinnahmen im Produktplan 12 „Sport“ haben zur Folge, dass die bestehenden Bewirtschaftungsmaßnahmen nicht aufgehoben werden können.

Darüber hinaus ist die global veranschlagte Minderausgabe in Höhe von 4.764 Tsd. € aufzulösen. Der Senat hat hierzu beschlossen, auf eine investive Umlage zu verzichten. Stattdessen sollen nicht benötigte Anschlagmittel herangezogen werden.

In der Produktgruppe 12.01.02 „Bäder“ sind Investitionsmittel in Höhe von 3.300 Tsd. € gesperrt. Mit Ausnahme eines Betrages von rd. 500 Tsd. € werden die Mittel in diesem Jahr nicht benötigt und sollen zur Deckung der globalen Minderausgabe herangezogen werden. Die Mittel sollen, vorbehaltlich einer entsprechenden Beschlussfassung des Senats zur Sanierung der Bäder, in den Haushalt 2016 im Wege der Vorabdotierung wieder eingestellt werden.

Beschlussvorschlag

1. Die Deputation für Inneres und Sport nimmt die vorgesehene Einsparung von insgesamt 278 Tsd. € aus dem Produktplan 12 für die solidarische Lösung, die temporäre Inanspruchnahme von 2.800 Tsd. € aus dem Produktplan 12 zur Abdeckung der global veranschlagten Minderausgabe sowie die Aufhebung der Sperre über 2.055 Tsd. € im Personalhaushalt der Polizei zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Inneres und Sport bittet den Senator für Inneres und Sport, eine entsprechende Beschlussfassung im Haushalts- und Finanzausschuss herbeizuführen.